

Worauf könnten
Sie verzichten*?

(*Mehrfachnennung nötig)

- Essen
- Wohnen
- Strom
- Kultur

Sanktionsfreie
Mindestsicherung
statt Hartz IV!



MINDESTSICHERUNG OHNE SANKTIONEN STATT HARTZ IV!

Wer Hartz-IV bekommt, ist vor viele Entscheidungen gestellt: Wenn die Miete steigt und das Amt die Kosten nicht übernimmt – schalten wir dann die Heizung aus, um zu sparen? Können die Kinder mit auf den Schulausflug oder essen wir dann Ende des Monats bei der »Tafel«? Gehen wir mal ins Kino oder gibt es dann keine Winterschuhe?

Hartz IV reicht kaum zum Leben. Oft wird es gekürzt – als »Sanktion«. Dann reicht es kaum zum Überleben. Die Sanktionen verstoßen gegen das Grundgesetz, weil sie das Existenzminimum unterschreiten.

Es wird so getan, als läge die Schuld bei Hartz-IV-Beziehenden: sie würden sich nicht genug bemühen. Tatsächlich gibt es zu wenige Arbeitsplätze – und Arbeit ist in der Gesellschaft falsch verteilt. Die einen finden keine, die anderen machen immer mehr Überstunden. Oder sie haben mehrere Jobs, weil die Löhne zu niedrig sind. Arbeitsuchende werden gezwungen, jeden noch so schlechten Job anzunehmen. Das drückt die Löhne aller Beschäftigten.

- Erwerbslosigkeit bekämpfen, nicht Erwerbslose! Wir wollen Arbeit umverteilen und gute Löhne für alle.
- Sofortmaßnahme: Die Regelsätze müssen auf 500 Euro erhöht, die Sanktionen abgeschafft werden! Dann wollen wir statt Hartz IV eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro – die sicher vor Armut schützt.

Machen Sie mit, machen wir uns stark. Damit für alle Menschen Wohnen, Essen, Strom und Kultur selbstverständlich sind.

www.das-muss-drin-sein.de

aus dem Inhalt:	Kreisparteitag.....	S. 3
	TTIP & Reichenbach.....	S. 4
	Progromgedenken.....	S. 5
	Die Welt in Schubladen.....	S. 7

DIE LINKE.

AUCH GEFLÜCHTETE VERDIENEN GUTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG!

Wie die Presse berichtet, soll Dr. Thomas Schädlich, Arzt und Kreisrat im Vogtlandkreis (AfD), bei einer Gemeinderatssitzung mit Ellefelder Bürgerinnen und Bürgern geäußert haben, dass er in seiner Praxis keine Flüchtlinge behandeln werde. Unter anderem wird er dort mit den Äußerungen „Wenn ich Ausländer behandeln wollte, wäre ich zu Ärzten ohne Grenzen gegangen“ und „Die Türen und Fenster meiner Praxis sind für Asylanten zu“ zitiert.



Dies kommentiert die vogtländische Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Janina Pfau:

Es ist bekannt, dass sich Mitglieder der AfD/DSU-Fraktion im Kreistag des Vogtlandkreises gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Kreis aussprechen. Das zeigte sich nicht zuletzt bei der Kundgebung gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in Ellefeld. Sollte Herr Schädlich die ihm vorgeworfenen Aussagen tatsächlich getätigt haben, wären diese zu verurteilen. Sie sprächen für sich und wären auch außerhalb jedes Zusammenhangs inakzeptabel! Menschen, die medizinische Hilfe benötigen, müssen sie bekommen. Patienten nach Herkunft zu unterscheiden und abzuweisen, widerspricht klar dem Hippokratischen Eid.

Es ist gut, dass es im Vogtland trotz Ärztemangels viele Ärztinnen und Ärzte gibt, die Flüchtlinge behandeln. Mein Dank gilt hier auch den ehrenamtlichen Ärztinnen und Ärzten, die in der Erstaufnahme in Plauen helfen. Diese Haltung und dieser Einsatz sind beispielhaft für Sachsen und neben der Mitarbeit von kommunalpolitisch Verantwortlichen eine Voraussetzung dafür, dass wir den anstehenden Gesellschaftswandel bewältigen werden.



Susanne Schaper, Sprecherin für Gesundheitspolitik der Fraktion DIE LINKE, fügt hinzu:

Ich bin dankbar, dass es in Sachsen so viele ehrenamtlich engagierte Medizinerinnen und Mediziner gibt, die trotz mancher Schwierigkeiten uneigennützig den geflüchteten Menschen helfen. Allerdings kann die Verantwortung für die medizinische Betreuung nicht auf die Schultern von Ehrenamtlichen abgewälzt werden – sie liegt, wie bei der Asylpolitik insgesamt, bei der Staatsregierung. Einheimische wie Geflüchtete sind auf ein leistungsfähiges Gesundheitssystem angewiesen. Dafür streiten wir im Landtag – unter anderem mit einem kürzlich eingebrachten Antrag (Drucksache 6/3299) für eine Reform der Struktur und Finanzierung von Krankenhäusern, die Kostensteigerungen abfängt, den Investitionsstau behebt, Arbeitsbedingungen verbessert und die Versorgungsqualität erhöht.

Janina Pfau, MdL & Susanne Schaper, MdL

NEUER STADTVORSTAND IN PLAUE

Am 06.11.15 wählten die Plauerer Genossen einen neuen Stadtvorstand. An der Wahlerversammlung nahmen 34 stimmberechtigte Mitglieder und fünf Sympathisanten teil. Vor der Wahlhandlung fasste Agnes Descher die aktuelle Situation und die vergangene Arbeit des Stadtvorstandes in einem Bericht zusammen.

Deutlich wurde, dass die Arbeit des Vorstandes verbessert werden muss, da sie durch Ausfälle nur auf wenigen Schultern lastete. Gerade in der derzeitigen Situation von Kundgebungen der "WsD", Aufmärschen von rechtsgerichteten Gruppierungen, der Flüchtlingskrise, aber auch bei der Entwicklung in unserer Partei ist ein arbeitsfähiger Vorstand besonders wichtig.

Agnes selber wollte aus familiären und beruflichen Gründen nicht mehr als Vorsitzende kandidieren. Aus der Versammlung heraus gab es den Antrag den Vorstand von sieben auf fünf zu reduzieren. Dieser Antrag fand eine knappe Mehrheit. Für das Amt als Stadtvorsitzender stellte sich anfangs Lars Legath, und aus der Diskussion heraus Petra Rank zur Wahl.

Mit 20 zu 11 Stimmen wurde Petra zur neuen Vorsitzenden des Stadtverbandes Plauen gewählt. Als Stellvertreter werden Agnes Descher und Maik Schwarz in den nächsten zwei Jahren fungieren. Michael Wohlrab und Andre Hegel komplettieren den Stadtvorstand. Nach und während der Wahl fand eine rege Diskussion der Mitglieder statt.

Petra Rank

KREISPARTEITAG IN LIMBACH



Ich möchte euch gerne meine Eindrücke zum Kreisparteitag mitteilen. Auch und vor allem den GenossInnen, die nicht teilnehmen konnten. 49 Mitglieder waren zu Beginn der Veranstaltung anwesend. Aus meiner Sicht zu wenig. Mir ist klar, dass wir nicht alle knapp 400 Mitglieder auf dem Kreisparteitag sehen werden, aber 49 sind schon sehr wenig. Ich denke wir könnten da mehr erreichen, wenn wir uns vorab besser verständigen. Wer teilnehmen möchte, aber keine Möglichkeit sieht zum Tagungsort zu kommen, der kann sich auch vorab in der Geschäftsstelle melden. Wir finden sicher eine Möglichkeit Fahrgemeinschaften zu organisieren. Genossen, wir sind nicht nur deshalb in der LINKEN, weil wir den Kapitalismus doof finden, sondern weil wir Solidarität groß schreiben. Scheut euch also nicht, und vertraut auf diese Solidarität. Ich selbst hatte auch „meinen Wagen vollgeladen“ und das nicht nur mit alten Weibsen.

Nun zur Veranstaltung an sich. Nach den üblichen Formalitäten ging das Wort an die Herren Mühlbauer und Lorenz von der Sparkasse. Sie erklärten den GenossInnen sehr ausführlich die Umstrukturierungen, welche in der Sparkasse anstehen. Ein Lob an dieser Stelle an Herrn Mühlbauer und Herrn Lorenz sich unseren Fragen zu stellen. Aus meiner Sicht ist es ein Zeichen der Anerkennung uns gegenüber, dass hier der Vorstandsvorsitzende selbst aufgetreten ist. Zudem standen die beiden im Anschluss an ihren Vortrag noch Rede und Antwort. Die ehrlichen und größtenteils auch (berechtigt) kritischen Fragen der GenossInnen konnten zwar nicht alle beantwortet werden, aber man spürte,

dass die Sparkasse auch offen und ehrlich mit uns umging. Anregungen wurden von der Sparkasse aufgenommen und werden sicher auch an der einen oder anderen Stelle mit in deren Planung einfließen.

Der beschlossene Antrag, dass die Ortsverbände der Kreistagsfraktion Verbesserungswünsche zukommen lassen sollten, zeigt aus meiner Sicht zwei Sachen. Zum einen werden wir die Filialschließungen nicht ohne Widerspruch hinnehmen, da diese Einschnitte von allem zu Lasten der älteren und immobilen Menschen im Kreis gehen. Zum anderen zeigen wir aber auch, dass wir uns vor unumgänglichen Realitäten nicht verschließen und konstruktive Vorschläge zur Verbesserung machen können.

Die Debatte zu diesem, aber auch zu anderen Anträgen war sehr lebhaft und wurde mit viel Leidenschaft und guten Argumenten von allen Seite geführt. Einen wirklich ernstgemeinten,

riesengroßen Dank möchte ich an der Stelle dem Ortsverband Treuen-Lengsfeld aussprechen. Wenn auch viele der Anträge durch die Änderungsanträge abgelöst wurden, so war es doch erst euer Engagement und eure Arbeit, die die Debatte erst ermöglicht haben. Ohne die Menschen, die den Marmorblock aus dem Felsen schlagen und ins Dorf tragen, kann auch der beste Steinmetz kein Kunstwerk schaffen. Oder anders gesagt, Kritik an etwas Geschaffenenem ist immer leichter als etwas Neues zu schaffen. Eure Anträge lieferten die Grundlage zu den lebhaften Debatten, von welchen unsere Partei lebt.

Ein Punkt, welcher mit dem Antrag A.5 (bzw. ÄA.5.1) behandelt wurde, ist tatsächlich sehr wichtig. Wir müssen unsere Aktivitäten, gerade in den Ortsverbänden erhöhen. Nur wenige sind dabei vorbildlich. Einige Ortsverbände könnte man als komatös bezeichnen. Das muss sich ändern. Wir müssen wieder überall als die Partei wahrgenommen werden, die sich für die Menschen einsetzt, die sich wehrt gegen Ungerechtigkeiten, die aber auch Lösungen anbietet. Zeigt euch wieder, seit stolz darauf LINKE zu sein. Nur so gewinnen wir neue Mitglieder und können wieder überall lebhaft Strukturen aufbauen.

Maik Schwarz



KOMMUNALAUF SICHT VERHINDERT TTIP-DISKUSSION IM REICHENBACHER STADTRAT

Im Oktober fand in Reichenbach ein Forum mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Dr. Axel Troost statt. Im Namen der Stadtratsfraktion kündigte ich an, dass wir einen Antrag einbringen werden, der eine Willensbekundung zur Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA zum Inhalt haben sollte.

Am 22.10.2015 wurde der Antrag, angelehnt an einen Musterantrag von attac, im Ältestenrat von der Fraktion der LINKEN und der SPD eingereicht. Die Fraktion der Bitex/Grüne hatte bereits im Vorfeld Unterstützung signalisiert.

Reichenbachs Amtsverweser Kießling hatte daraufhin bereits in der Sitzung angekündigt, den Antrag von der Kommunalaufsicht prüfen zu lassen, da er der Meinung war, dass der Stadtrat für dieses Thema nicht zuständig sei und deshalb nicht in einer Stadtrats-sitzung entscheiden dürfe.

Im Schreiben der Kommunalaufsicht vom 26.10.2015 wird der Antrag als nicht zulässig eingestuft, da er nicht mit der Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) übereinstimmt.

Die Unzulässigkeit unseres Antrages wird damit begründet, dass die Gemeinde ihre gesetzlich rechtlichen Schranken überschreitet, wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen verfasst oder gegen eine Politik Stellung nimmt, die sie nicht als einzelne Gemeinde besonders betrifft. Demnach wären Beschlüsse der Gemeinden, die sich gegen eine bestimmte Außenpolitik richtet, grundsätzlich unzulässig.

In unserer Antwort an die Kommunalaufsicht stehen wir auf dem Standpunkt, dass eine Befassung eine unmittelbare Angelegenheit des Stadtrates ist und somit der Antrag auf die Tagesordnung gehört, da, entsprechend der SächsGemO, der Gemeinderat, sinngemäß, für alle Bedürfnisse und Interessen zuständig ist, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen



Bezug haben, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der Gemeinde betreffen. Das schließt die Befassungskompetenz, wonach Gemeinden sich durch Stellungnahmen und Erklärungen auch zu solchen Fragen äußern dürfen, die nicht in ihrem Entscheidungsbereich fallen, die sie aber doch unmittelbar betreffen, ebenso ein.

Wir vermuten außerdem, dass der Hintergrund für die Auffassung der Kommunalaufsicht wohl die Rechtsprechung zu atomwaffenfreien Zonen ist. Daraus schlussfolgend ist eine Behandlung des Antrages im Stadtrat nach deren Auffassung nicht zulässig. Wir sind der Meinung, dass dieser rechtliche Ansatz hier nicht einschlägig ist.

Entgegen dieser Auffassung bzw. der Entscheidungen zu den atomwaffenfreien Zonen sind wir der Überzeugung, dass aufgrund der aktuellen Vertragsinhalte von TTIP, CETA und TiSA, soweit diese bekannt sind, die kommunale Selbstverwaltung gefährdet ist und in eine Einbahnstraße Richtung Privatisierung und Deregulierung führt. Zu diesem Schluss sind bereits mehr als 300 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland gekommen - darunter 12 Landeshauptstädte sowie die Millionenstadt Köln. Sie alle haben kritische Stellungnahmen zu TTIP und Co. in ihren Städten verabschiedet.

Sollte nach unserem Einspruch keine positive Antwort von der Kommunalaufsicht kommen, werden wir einen neuen Antrag, mit geänder-tem Text einbringen. Ziel bleibt es, das Thema im Reichenbacher Stadtrat zur Diskussion und besten falls zur Ablehnung zu bringen.

*Henry Ruß
Fraktionsvorsitzender
Linkenfraktion Reichenbach*



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
17. Dezember 2015

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

POGROMNACHT WURDE ZUM SIGNAL FÜR DIE FLUCHT VOR DER BARBAREI



© Gerd Stoppa

Zum Gedenken an die Zerstörung der Synagoge in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 erschienen mehr als 200 Vogtländer am 10. November 2015 um 11 Uhr auf der Engelstraße vor ihrem ehemaligen Standort. Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer bezeichnete sie als ein „sehr modernes Gebäude“ und wies darauf hin, dass viele der mehr als 800 Juden angesehene Bürger Plauens waren. Dies dürfe nicht in Vergessenheit geraten. Spätestens nach der Pogromnacht musste erkannt werden, dass Antisemitismus zur Staatsraison wurde. Geschäfte wurden geplündert als Ergebnis brandstiftender Reden mit Hass und Fremdenfeindlichkeit.

Aus Chemnitz kam die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde. Dr. Ruth Röcher beurteilte die Pogromnacht als ein letztes Signal an die patriotischen deutschen Juden, die nicht glauben wollten, dass ihr Land in die Barbarei gefallen war. Eine Flut von Gesetzen und Verordnungen schränkte sofort nach der Wahl im März 1933 das Leben der deutschen Juden massiv ein mit besonders schmerzhaften Eingriffen, betonte sie. Zionisten, politisch Gefährdete und jene, die ihre Lebensgrundlage verloren hatten, wanderten sofort aus. Frau Dr. Röcher gab die Zahl von 300.000 Juden an, die aus Deutschland flüchteten. Sie berichtete vom Schiff „Saint Louis“, das am 13. Mai 1939 mit 936 Flüchtlingen Hamburg mit größtenteils gültigen Visa verließ. Die kubanische Regierung annullierte ihre Gültigkeit. In Verhandlungen einer internationalen jüdischen Wohlfahrtsorganisation mit der kuba-

nischen Regierung wurde festgelegt, dass jeder Flüchtling 500 Dollar an die kubanische Regierung zahlen sollte. Am 6. Juni musste das Schiff Kuba verlassen, nur 29 Flüchtlinge durften bleiben. Die Bemühungen des Kapitäns Gustav Schröder, die Passagiere nach Philadelphia zu bringen, scheiterten. Das Schiff musste umkehren. Es gelang aber, dass die Mehrzahl in Belgien, Holland, Frankreich und Großbritannien aufgenommen wurde.

Dr. Röcher blickte auf die lange Geschichte der Juden zurück, die oft nur fliehen konnten, um ihr Leben zu retten. Sie wies auf die Parallele zur Gegenwart hin, wo in vielen Krisengebieten der Welt das Leben von Menschen durch Bürgerkrieg bedroht ist und Tausende von Flüchtlingen ihre Heimat verlassen und Schutz in fremden Ländern suchen. Dadurch wird in diesen Ländern Leben gerettet. Von ihnen wird gefordert, die grundsätzlichen Werte, die im Grundgesetz verankert sind, zu akzeptieren. Sonst besteht die Gefahr der Nebengesellschaften. „Der Prozess der Integration ist langwierig. Er muss parallel verlaufen, sowohl in der Aufnahmegesellschaft als auch unter den Immigranten“, unterstrich die Rednerin aus Chemnitz.

Sie blickte auch zurück auf die 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Durch die Zunahme des Antisemitismus und die Diskriminierung verließ eine Million Juden ihre Heimat und wanderte nach Israel aus. Etwa 200.000 entschieden sich für Deutschland. Im Gegensatz zur Nazi-

zeit und zur Gegenwart war dies aber eher ein bürokratischer Prozess. Am Ende ihrer Ausführungen belegte Dr. Röcher die Entwicklung mit Zahlen: Heute gibt es in Deutschland über 100 jüdische Gemeinden, drei Lehrhäuser für die Rabbiner-Ausbildung sowie eine jüdische Hochschule, Gymnasien und jüdische Kindergärten. Heute fühlen sich die Juden als Teil der Gesellschaft. Sie wünscht sich, dass die jetzt ankommenden Flüchtlinge dies auch lernen werden. Zuletzt meinte sie, das Gedenken an den 9. November kann uns helfen, den aktuellen politischen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Aus Leipzig kam der heute 87jährige Zeitzeuge Günter Gurst, der in Plauen die Schule besuchte und im Alter von zehn Jahren vom Lehrer hörte, wie er die Schulklasse aufgefordert hatte, sich anzusehen, wie „eine Judenkirche oder so was“ brennen würde. Von den Ausmaßen der weiteren Entwicklung konnte er sich keine Vorstellung machen. Er studierte in Leipzig, Berlin und Jena Philosophie und viele Jahre später war er in Leipzig Cheflektor des Bibliographischen Instituts für die Herausgabe der 18 Bände von Meyers Lexikon verantwortlich.

Rabbiner Jakov Perstovsky aus Chemnitz sang am Ende der Gedenkstunde ein Gebet für die Opfer der Pogromnacht. Danach wurden Kränze vor der Gedenktafel niedergelegt. Jens Bühring umrahmte die Veranstaltung mit jüdischen Liedern, begleitet am Keyboard.

Gerd Stoppa

NEUES ASYLPAKET IST DIE SPITZE DES EISBERGS

Über die immer seit Monaten dominierende rassistische und nationalistische Stimmung auf Deutschlands Straßen brauche ich ja eigentlich nicht mehr schreiben. Von III. Weg und NPD bis Pegida und WsD ist alles dabei und leider hat Mensch das Gefühl, die Antworten von Union und SPD sind Verständnis und Akzeptanz. Die rassistische und nationalistische Mitte in diesem Land dürfte sich bestätigt fühlen.

Das neue Asylpaket ist wahrlich ein Kompromiss und zwar einer auf Kosten der Menschenwürde. In drei bis fünf Zentren sollen die AsylbewerberInnen konzentriert werden mit geringer Bleibeperspektive. Darunter fallen alle diejenigen, deren Heimatländer vor kurzem über Nacht einfach mal zum sicheren Herkunftsland erklärt worden oder aber vor allem Sinti und Roma, die auch weiterhin nach Deutschland flüchten werden, weil sie in ihren Herkunftsländern massive soziale Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren. Kurz und knapp gesagt:

Es handelt sich um Abschiebelager. In denen soll unter anderem die Residenzpflicht für die Menschen gelten. Außenpolitisch will man allerdings kei-

ne Fluchtursachen, wie Waffenexporte, bekämpfen, sondern man kündigt an, die Bundeswehr wieder an den Hindukusch zu schicken. Achja, natürlich erfährt Frontex in Zukunft auch mehr Unterstützung.

Es ist eine Tragödie, dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden und Politik auf dem Rücken von Asylsuchenden gemacht wird. Und das alles nur, weil die Parteien der Großen Koalition sich an den WutbürgerInnen orientieren, um diese als WählerInnen nicht an die AfD zu verlieren. Dieses Asylpaket ist nur Befriedigung für die GroKo. Mit einer Willkommenskultur hat das definitiv nichts zu tun.

Was es allerdings längst bräuchte: Legale und sichere Fluchtwege, menschenwürdige Unterbringungen und ein bedingungsloses Bleiberecht für alle!

Kein Mensch ist illegal!

Paul Gruber

ES IST EINE KRISE DES GESELLSCHAFTSSYSTEMS

Es gibt keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise des Gesellschaftssystems, das unter dem Druck geld- und machtgieriger Profiteure nicht in der Lage ist, auf der Erde Kriege, Hunger, Armut und vermeidbare Krankheiten zu beseitigen, sondern diese durch profitbringende Rüstungsexporte noch befördern.

Vor der Wahl hatte Gabriel öffentlich erklärt, in der Regierung Waffentransfers an menschenrechtsverletzende Staaten zu unterbinden und Rüstungsexporte restriktiv zu handhaben. Stattdessen haben sich die Exporte in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, darunter Diktaturen, unter seiner Ägide jedoch mehr als verdoppelt. Mit seiner skrupellosen Rüstungsexportpolitik macht er sich zum Handlanger der Rüstungsindustrie. Die von Gabriel genehmigten Kriegswaffenlieferungen etwa nach Saudi-Arabien und Katar werden über kurz oder lang in den Händen des Islamischen Staats (IS) landen.

Jetzt wundern sich viele Leute, dass die Verdammten dieser Erde nicht nur aufgewacht sind, sondern sich auch noch in Bewegung gesetzt haben, um endlich ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Dieter Riedler



Keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit!

DIE LINKE.

LINKSFRAKTION SPENDET REGALE

Die Linksfraktion Plauen übergab am Buß- und Betttag in der Erstaufnahme mehrere Schwerlastregale. Nach Gesprächen mit dem DRK, welche die Trägerschaft der Flüchtlingsunterbringung in der Plamag inne haben, wurde festgestellt, dass dringend Regale zur Lagerung und Ordnung der eingetroffenen Spenden der Bevölkerung benötigt werden. Aus diesem Grund wurden durch die Fraktion diese Lagermöbel bestellt und an die Einrichtung übergeben.

„Es ist wichtig, dass in dieser Zeit wo es eine verstärkte Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung gibt die durch Demonstrationen von „Wir sind Deutschland“, NPD, III. Weg und AfD geschürt wird, ein Zeichen der Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft durch Institutionen wie eine Fraktion zu setzen.“

Die Kriegshandlungen, welche die Flüchtlinge zu dieser gefährlichen Reise zwingen, geht auch durch die Waffenexporte der CDU/SPD geführten Bundesregierung aus. Da haben wir als linke Opposition die Pflicht zu zeigen, dass wir gegen diese Politik sind und den Menschen helfen wo es geht. Da sind Regale nur ein kleiner Anfang.“ sagte Stadtrat André Hegel. Die Fraktion Plauen wird sich weiterhin für eine menschenwürdige Unterbringung einsetzen und Flüchtlingen bei ihrem Aufenthalt im Vogtland unterstützen.

André Hegel

DIE GANZE WELT BESTEHT AUS AUS- BZW. ABGRENZUNG

Je mehr ich mich bewusst mit der Welt um mich herum auseinandersetze umso mehr stelle ich fest, dass der Mensch offenbar nicht anders kann als Schubladen zu bauen und Dinge hinein zustopfen. Nur das Individuum selbst ist natürlich nicht in einer Schublade zu Hause. Je nach Thema und Argumentation sind die Schubladen für die anderen einmal groß und einmal klein. Vor allem aber ist für die Entscheidung welche Größe die Schublade hat, die Anstrengung des Individuums zum Vorsortieren wichtig. Für PEGIDA-Teilnehmer reicht eine Schublade um die Welt zu ordnen. Alle die nicht sind wie man selbst, sind Gutmenschen also Linke. Und schon ist die Welt geordnet. Der durchschnittliche „Wir-sind-Deutschland“ Teilnehmer ist da schon etwas weiter. Er unterteilt in Rechtsradikale, der Mitte und Trillerpfeifern, in Armutsflüchtlinge und echte Flüchtlinge. Also schnell alle in Ihre Schubladen gesperrt, außer die Mitte das sind ja WIR und schon ist die Welt geordnet. Wir Deutschen bauen uns Schubladen, für alles was uns umgibt. Die Amis machen Kriege, die Russen retten gerade die Welt, die Chinesen produzieren nur Minderwertiges oder sie haben die Ideen für Hochwertiges einfach geraubt, die Bewohner Saudi-Arabiens sind reich, Engländer können nicht kochen und Polen klauen Fahrräder usw. usw.

Immer ist der Mensch dran interessiert andere Menschen in Schubladen zu packen aber gleichzeitig viele Menschen im direkten Umfeld nicht in eine solche zu packen. Man will ja nicht allein sein, man gehört ja zur Mehrheit. Wir als LINKE sind da schon viel weiter. Wir kennen Unmengen mehr an Schubladen. Was Otto-Normal als die böse SPD abtut, kennen wir als SPD (mit verschiedenen Strömungen) und als Jusos. Außerdem erkennen wir Zusammenhänge zwischen einzelnen Schubladen. Ursachen und Hintergründe. Ohne die Schubladen Waffenindustrie, Waffenlobbyisten und Kriege gäbe es keine Kriegsflüchtlinge. Außerdem haben wir für einen ganzen Schrank voller „Täter-Schubladen“. Eine Schublade für rechte Hetzer, ei-

ne für gewaltbereite Schläger, eine für Bankenchefs usw. Das WIR außerhalb der Schublade, das sind die Guten, auch wenn uns bewusst ist, dass das leider die Minderheit ist.

Wisst ihr was ich glaube: Jeder einzelne von uns ist, was das Schubladendenken angeht, im Grunde nicht anders als alle genannten Personengruppen. Selbst ich nicht. Im gesamten Text habe ich selbst Menschengruppen in große Schubladen gesteckt. Zum Beispiel alle PEGIDA-Teilnehmer, oder alle bei WsD. Ich weiß aber, dass ich Freunde von mir, die auch bei WsD stehen, nicht mit einem Gunnar Gemeinhardt in eine Schublade packen kann und will.

Ich habe das Schubladendenken in diesem Text aber bewusst angewendet und ich glaube, wenn wir ehrlich sind und uns wirklich mit jedem einzelnen Thema beschäftigen, würden wir feststellen, dass es über 7 Mrd. Einzelschubladen gibt. Und vielleicht sollten wir versuchen seltener Schubladen für Menschengruppen zu bauen, auch wenn es schwer fällt. Und wenn schon Schubladen gebaut werden müssen, dann doch bitte nicht als in Stein gemeißeltes Bild. Wenn es also aus einer Schublade schreit, der Aufdruck stimmt nicht für uns alle, dann prüft bei einzelnen nach, die darin sind. Prüft auch, bei Schubladen auf denen ein positiver Aufdruck darauf steht. Und fasst auch mal inhaltsgleiche Schubladen zusammen. Leute die einen Laden überfallen sind alle gleich schlecht. Egal ob der Laden einem Deutschen oder einem Türken gehört. Egal ob die Täter rechts oder links oder unpolitisch sind. Es ist die gleiche Straftat.

Aber noch etwas ist mir aufgefallen, grade beim Schreiben. Wir benutzen Schubladen immer nur um zu trennen. Aber nie zum einen. Bauen wir die Schublade „Menschen“ wirklich erst, wenn wir auf Außerirdische treffen oder schaffen wir es schon eher?

UMFANGREICHE ÄNDERUNGEN BEI HARTZ IV GE- PLANT

Seit Dezember 2011 (!) arbeiten Vertreter von Bundesregierung und Landesregierungen am 9. SGB II- Änderungsgesetz, und eigentlich sollte dies schon längst in Kraft gesetzt sein.

Zweimal hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe über die Diskussion ihrer Vorschläge berichtet, im letzten Bericht wurden die Änderungsvorschläge zusammengefasst, über die in der Arbeitsgruppe Konsens erreicht wurde. Sozialverbände veröffentlichten und bewerteten die Zwischenergebnisse und boten so unserem Sozialforum Göltzschtal das Material für mehrmalige Proteste und Änderungsforderungen (siehe dazu u.a. unsere Veröffentlichung im Vogtlandboten 8/2014).

Zur Zeit wird der Gesetzesentwurf noch im Ministerium für Arbeit und Soziales diskutiert, natürlich nicht öffentlich, aber der Sozialreferent Harald Thomé von Tacheles e.V. gelangte an den Entwurf und versendete ihn. Seitdem wird er von Sozialverbänden kritisch analysiert und kommentiert. Er bringt einige Verbesserungen, aber auch viele Verschärfungen.

Unsere Bundestagsfraktion nimmt an, dass die Bundesregierung den Entwurf nicht vor Januar oder Februar 2016 in den Bundestag einreicht, dann erst kann er von den Bundestagsabgeordneten offiziell angefochten werden. Das Sozialforum Göltzschtal will sich aber bereits vorher mit dem derzeitigen vorliegenden Entwurf auseinandersetzen und gegen geplante Verschlechterungen protestieren. Diesem Ziel soll auch unsere nächste Bürgerversammlung am 14. Dezember dienen.

EINLADUNG ZUM BÜRGERFORUM

Referentenentwurf der 9. Änderung des SGB II - Neuerungen bei den KdU und für Elternteil mit Umgangsrecht

- Richtwert Bruttowarmmiete möglich - Vorteil für wen?
- Guthaben bei Betriebskosten aus der Regelleistung
- Regelleistung für Kinder getrennt lebender Eltern

14. Dezember 2015 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr

in den Klubraum der Auerbacher AWG Eisenbahnstr. 32 (Wohnblock hinter der Geschäftsstelle der AWG im Auerbacher Neubaugebiet)

Es informieren: Dr. Dorothea Wolff und weitere Vertreter des Sozialforums Göltzschtal, Alle Betroffenen und sozial engagierten Bürger sind herzlich eingeladen.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG – GUTE PFLEGE?

VERANSTALTUNGSHINWEIS:

Prekäre Beschäftigung ist gekennzeichnet durch befristete Arbeitsverträge, ungewollte Teilzeitarbeit, geringe Bezahlung und hohe Aufgabenverdichtung. DIE LINKE ist gegen prekäre Beschäftigung und für gute Arbeit zu angemessenen Löhnen. Vor allem die Pflegeberufe müssen in unseren Augen deutlich aufgewertet werden.

In unserer Podiumsdiskussion gehen wir der Frage nach, unter welchen Bedingungen Pflege heute geleistet wird und welchen Belastungen Pflegekräfte ausgesetzt sind. Außerdem wollen wir erörtern, was wir uns unter guter Pflege vorstellen und wie sie gelingen kann.

Das Thema Pflege geht uns alle an. Gute Pflege unter guten Bedingungen - das muss drin sein!

Es diskutieren mit: Simone Boveniepen (Gewerkschaftssekretärin ver.di), Sabine Zimmermann (MdB), Bernd Kuhlmann (Geschäftsführer Pflege AOK Plus) und Horst Wehner (Vorsitzender des Paritätischen Sachsen).

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 10. Dezember 2015, 18 Uhr in Plauen, Jugendherberge „Alte Feuerwache“ (Neundorfer Straße 3) statt.

Veranstalterin ist die Landesgruppe Sachsen DIE LINKE. im Bundestag

WEIHNACHTSFEIER PLAUEN

Am 16.12.2015 findet am 15:30 Uhr die Weihnachtsfeier des Stadtverbandes Plauen im Seniorentreff in der Mammenstraße statt.

Alle Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten sind herzlich dazu eingeladen.

Rückmeldungen bitte an den Stadtvorstand

TERMIN ANKÜNDIGUNG

Luxemburg-Liebkecht-Ehrung

Carolaplatz Falkenstein

16. Januar 2016

BÜRGER*INNENS PRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

01.12.2015 11:00 – 14:00 Uhr

21.12.2015 10:00 – 14:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Heinz Rott	Rodewisch	17.12.
Ruth Enk	Plauen	18.12.
Karin Krauß	Muldenha.	22.12.
Heinz Luderer	Bergen	23.12.
M. Damisch	Treuen	28.12.
H. Döring	Plauen	02.01.
C. Schreiber	Steinberg	02.01.
I. Wolf-Schönfuß	Reichenb.	02.01.
Hans Kunzmann	Oelsnitz	03.01.
Martin Pollmer	Plauen	03.01.
Renate Netsch	Berlin	14.01.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

"Weltweit gibt es rund 60 Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge. Wenn alle 60 Millionen nach Deutschland kämen, hätte Deutschland dann eine Bevölkerungsdichte wie Israel, Belgien und andere."

MdL Kerstin Köditz am 20.10.2015 vor der VVN-BdA Sachsen

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.11.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.12.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.